

ziellen chinesischen Partnern stehende Autobauer DaimlerChrysler müssen daher nicht fürchten, von staatlicher Seite zugunsten eines chinesischen Unternehmens benachteiligt zu werden.

Der BMW-Partner Brilliance ist Marktführer bei Kleinbussen, stieg jedoch erst vor neun Monaten in die PKW-Produktion ein. Teile des Managements befinden sich in einem Rechtsstreit mit dem ehemaligen Vorstandschef Yang Rong, der den Verkauf von knapp 40% der Unternehmensanteile an die Provinzregierung von Liaoning für nicht rechtmäßig hält und die Anteile weiterhin für sich beansprucht. Zur Verhandlung kommen wird es in Bermuda, wo Brilliance registriert ist.

Als Nachteil für das Joint Venture könnte sich die räumliche Distanz des Standorts Shenyang zu den Hauptabsatzregionen in Südchina erweisen. Dies gilt für wichtige Zulieferer, die sich zumeist um die Zentren des chinesischen Autobaus in Shanghai und Wuhan angesiedelt haben. Zu Changchun, dem nordöstlichen Zentrum der Automobilindustrie bestehen dagegen relativ gute Verkehrsverbindungen. (CEN, 10.3.03; FAZ, 15.3.03; FT, 28.3.03; HB, 17.3., 28.3.03; NfA, 18.3., 28.3.03) -bö-

26 Veredlungshandel dominiert bei Elektronik-Ausfuhren mit rd. 100 Mrd. US\$

Neben den niedrigen Lohnkosten gibt es einen weiteren Faktor, der China zu einem vielversprechenden Fertigungsstandort macht. Die Cluster-Bildung etwa im Perlflossdelta der Provinz Guangdong führt zu kurzen Lieferketten. So beansprucht etwa die Sonderwirtschaftszone Shenzhen 80% der Weltproduktion an Fotokopierern für sich. (FT, 3.2.03) Elektronikexporte im Wert von rd. 100 Mrd. US\$ (2002) scheinen die Bedeutung Chinas als „Werkbank der Welt“ zu unterstreichen. Wird jedoch der Wert der Elektronikimporte, insbesondere Zwischenprodukte und Komponenten, davon abgezogen, bleiben unterm Strich Nettoausfuhren von 11 Mrd. US\$. Chinas Technologieexporte entstehen immer noch zu einem Großteil aus Weiterverarbeitung und Zusammen-

bau von importierten Komponenten, sagt Jonathan Andrews, der Leiter des China-Teams bei Goldman Sachs. (FT, 24.2.03)

Um in der Wertschöpfungskette aufzurücken, streben lokale Hersteller die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen an. Als Gegenleistung für Technologietransfer können sie ihre Vertriebsnetze im heimischen Markt einbringen. Ein Beispiel ist die Kooperation zwischen dem japanischen Unternehmen Panasonic und der chinesischen TCL-Gruppe, die außerdem Fernsehgeräte des niederländischen Herstellers Phillips vertreibt. Das chinesische Unternehmen Hai'er nutzt darüber hinaus auch die Vertriebsstrukturen seines Partners San'yo in Japan.

Die beiden Ziele der Expansion auf ausländischen Märkten wie bei Hai'er und des Erwerbs von fortgeschrittener Technologie wie bei TCL haben im vergangenen Jahr noch zu einer Reihe von weiteren Gemeinschaftsprojekten geführt. Die chinesische Konka-Gruppe entwickelt neue Produktmodelle gemeinsam mit Samsung aus Südkorea. Der Heimelektronik-Hersteller Hisense gründete ein 50:50-Joint-Venture mit dem Sumitomo-Konzern, um Hisense-Produkte in Japan zu vertreiben. Angesichts der großen Zahl neuer Kooperationsprojekte erklärte die Wochenzeitung *China Economic News* 2002 zum „Jahr der chinesisch-ausländischen Zusammenarbeit bei der Heimelektronik“. (CEN, 3.3.03)

STÄDTISCHER ABSATZMARKT FÜR FARBFERNSEHER BEREITS SATURIERT
Im Jahr 2002 wurden in China 1.400 Mrd. Yuan mit Elektronik und IT-Produkten umgesetzt, ein Anstieg von 20% zum Vorjahr. Für das laufende Jahr erwartet das Ministerium für die Informationsindustrie wiederum ein Plus von knapp 20% auf 1.640 Mrd. Yuan. Um jedoch mittelfristig die hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre beizubehalten, müssen chinesische Hersteller von Heimelektronik auf einen Anstieg der ländlichen Einkommen hoffen, oder Kunden für neue Produktgruppen gewinnen. Denn im Jahr 2000 besaßen bereits 99,3% aller städtischen Haushalte in China einen Farbfernseher. Auf hundert Haushalte kamen durchschnittlich 90 Waschmaschinen und 80 Kühlschränke.

Im Jahr 2001 lebten 38% der Chinesen in Städten. Ihre Konsumausgaben pro Kopf waren mehr als dreimal so hoch wie der ihrer Landsleute außerhalb der urbanen Zentren. Auf dem Lande ist häufig weder das Einkommensniveau noch die nötige Infrastruktur vorhanden, um eine starke Nachfrage für Heimelektronik zu erzeugen. Dort hatten im Jahr 2000 weniger als die Hälfte der Haushalte (bezogen auf 100 Haushalte) einen Farbfernseher, 12 von 100 Haushalten Kühlschränke und 28 Haushalte Waschmaschinen. Hoffnung für einen weiterhin dynamisch steigenden Konsum gibt den Herstellern die rasch fortschreitende Urbanisierung. Im Jahr 2010 sollen 50% der Chinesen in Städten leben, was zu einem Anstieg der verfügbaren Einkommen führen sollte.

Für einige Produktgruppen gibt es auch in den Städten noch eine große Zahl von potenziellen Erstkäufern. Nur in 18% der Haushalte sind Mikrowellen vorhanden, weniger als ein Drittel verfügt über Klimaanlage. (CEN, 3.3., 10.3.03) -bö-

Binnenwirtschaft

27 Wirtschaftspolitische Grundaussagen auf dem X. NVK

Die alle fünf Jahre stattfindenden Nationalen Volkskongresse spielen für die wirtschaftspolitische Programmatik der chinesischen Regierung eine wichtige Rolle. Im Mittelpunkt des Regierungsberichts, den jeweils der Ministerpräsident vor dem Nationalen Volkskongress (NVK) hält, steht ein Rückblick auf die vorangegangenen fünf Jahre der Wirtschaftsentwicklung. Weiterhin werden wirtschaftspolitische Schwerpunkte für die nächsten Jahre präsentiert. Auf dem NVK spiegeln sich somit die Vorstellungen der Regierung zur mittel- und langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wider.

Zwei zentrale Themen standen im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Programmatik auf dem X. NVK, und zwar 1) Maßnahmen zur Bewältigung der binnenwirtschaftli-

chen Entwicklungshemmnisse und 2) die Fortsetzung der außenwirtschaftlichen Integrationspolitik.

Die chinesische Regierung kann mit dem Entwicklungstempo der letzten fünf Jahre durchaus zufrieden sein. Im Regierungsbericht wies Zhu Rongji auf das durchschnittliche Wirtschaftswachstum (in konstanten Preisen) von jährlich 7,7% zwischen 1997 und 2002 hin. Allerdings sind enorme wirtschaftliche und soziale Herausforderungen in den kommenden Jahren zu bewältigen. Diese sind einerseits konjunktureller und andererseits struktureller Natur. Die konjunkturelle Entwicklung ist gefährdet durch eine mögliche globale Rezession als Folge des Irak-Krieges und der möglichen Ausbreitung einer SARS-Epidemie und damit verbundener Einbußen für wichtige Wirtschaftssektoren, insbesondere die Exportgüterindustrie. Die binnenwirtschaftliche Nachfrage – hier insbesondere der private Konsum als wichtiger Teil des Wirtschaftswachstums – ist gefährdet durch die niedrigen Einkommen der Bauern und eine Verarmung städtischer Bevölkerungsteile, die vormals im Staatssektor beschäftigt waren. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die Regierung ihre aktive Finanzpolitik fortsetzen will, um ein relativ hohes Wachstumstempo aufrechtzuerhalten.

So kündigte Zhu Rongji in seinem Regierungsbericht an, den privaten Konsum und die Investitionsnachfrage durch eine Fortsetzung der staatlichen Ausgabenpolitik zu stärken. Bemerkenswert bei der Formulierung der wirtschaftspolitischen Richtlinien erscheint, dass den Bevölkerungsgruppen mit einem niedrigen Einkommen im Maßnahmenkatalog Vorrang eingeräumt wird. Vor allem auch die ländliche Bevölkerung soll ihre Einkommenssituation verbessern können. Dies spiegelt sich auch in der Haushaltsplanung für das laufende Jahr 2003 wider (siehe dazu die Übersicht „Haushaltsplanung 2003 – Ausweitung der sozialen Transferzahlungen und des Militärhaushalts“ in diesem Heft).

Die Einkommensdisparitäten zwischen Städtern und Bauern hatten sich in den letzten Jahren weiter verschärft. So betrug das verfügbare Einkommen der Städter im Jahre 2002 rd. 7.703 Yuan, während das Pro-Kopf-

Nettoeinkommen der Bauern lediglich bei 2.476 Yuan lag. Seit 1997 waren die Einkommen der Städter real um 8,6% und die der Bauern um 3,8% gestiegen. Allerdings konnte in den ländlichen Gebieten die Zahl der als absolut arm geltenden Bevölkerung von 49,6 Mio. im Jahre 1997 auf 28,2 Mio. im Jahre 2002 reduziert werden.

Neben konjunkturellen Herausforderungen müssen strukturelle Entwicklungsbarrieren überwunden werden. Auch hierauf geht der Regierungsbericht von Zhu Rongji auf dem X. NVK ein. Durch den Wandel der Wirtschaftsstrukturen und den Abbau des Staatssektors ist die Arbeitslosigkeit gestiegen und hat sich der Bedarf an sozialen, d.h. überbetrieblichen Sicherungssystemen erhöht. Seit 1998 wurden rd. 27 Mio. Arbeitskräfte aus dem Staatssektor entlassen, nur 18 Mio. von ihnen haben eine neue Beschäftigung gefunden. Mehr als 90% der Entlassenen haben die Leistungen von so genannten Wiederbeschäftigungszentren in Anspruch genommen, dazu zählen nicht nur Stellenvermittlung, sondern auch Weiterqualifizierungsmaßnahmen. Die Ausgaben für soziale Sicherheit und Wiederbeschäftigungsmaßnahmen wurden Zhu zufolge seit 1998 um das 6fache erhöht.

Die außenwirtschaftliche Integrationspolitik hat den Anpassungsdruck auf die inländischen Industriestrukturen erhöht. Chinesische Unternehmen müssen ihre Wirtschaftlichkeit und Innovationskraft stärken, um im Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen bestehen zu können. Die Entwicklung von Hightech-Unternehmen, insbesondere IT-Unternehmen, steht dabei im Vordergrund. Diese wird durch die staatliche Industriepolitik gefördert beispielsweise über Hightech-Parks und steuerliche Begünstigungen. Ausgaben des Staates für Wissenschaft und Technologie lagen nach Angaben von Zhu bei rd. 250 Mrd. Yuan und verdoppelten sich innerhalb von fünf Jahren. Forschungs- und Entwicklungsausgaben stiegen von 0,64% am BIP auf 1,13%. Mit großen strukturellen Problemen ist auch die Landwirtschaft konfrontiert – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der schrittweisen Liberalisierung des Agrarmarktes im Rahmen des WTO-Beitritts. Die Politik der Regierung setzt auf eine weitere Liberalisierung des Getreidemark-

tes, die Reduzierung der Subventionen für die Landwirtschaft sowie Diversifizierung und Erhöhung der Qualität von Agrarprodukten, die international wettbewerbsfähig sein müssen.

Großen Herausforderungen sieht sich auch der Finanzsektor gegenüber, insbesondere der Bankensektor. Offiziellen Angaben nach lag der Anteil der Not leidenden Kredite bei rd. 20% im Jahre 2002. Die staatseigenen Banken – die wichtigsten im Bankensektor – wiesen sogar einen Anteil von 26% an Problemkrediten auf. Ausländische Experten schätzen die Probleme noch als weitaus gravierender ein. Beispielsweise geht die Ratingagentur Moody's von 45% an uneinbringlichen Krediten in den Staatsbanken aus. Eine erneute Rekapitalisierung der Banken wird mittelfristig notwendig werden – mit den entsprechenden Folgen für die Staatsverschuldung. Aber es gibt auch positive Signale. So beispielsweise durch die Gründung einer Bankaufsichtsbehörde, die die Kontrolle über die Banken, ihre Kreditvergabepraxis und Umstrukturierung verstärken wird.

Die außenwirtschaftliche Integration Chinas hat in den letzten fünf Jahren große Fortschritte gemacht. So erhöhte sich das Außenhandelsvolumen von 325,2 Mrd. US\$ im Jahre 1997 auf 620,8 Mrd. US\$ im Jahre 2002. Damit verbesserte sich die Außenhandelsposition Chinas von Platz 10 auf Platz 5. Eine ähnlich positive Entwicklung verzeichneten die ausländischen Direktinvestitionen (ADI). Ihr Volumen von 226,1 Mrd. US\$ (realisiert) in den letzten fünf Jahren ist höher als in der Periode von 1978-1997. In seinem Regierungsbericht betonte Zhu die Zunahme von ADI in Hightech-Industrien.

Für das Jahr 2003 sieht Zhu Rongji im Regierungsbericht eine Wachstumsrate von rd. 7% als erreichbar an. Voraussetzung sei die Ausweitung der Inlandsnachfrage sowie die Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik kombiniert mit vorsichtiger Geldpolitik. Die Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung wird als einer der Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik angesehen. Auch die regionale Entwicklungspolitik mit der Anpassung von Disparitäten zwischen der Ostküste und Westchina wird im Regierungsbericht Zhu Rongjis beson-

ders erwähnt. Die wirtschaftliche Integration Westchinas ist ein langfristiges Projekt, dessen Bedeutung auf dem NVK betont wurde. Gleichzeitig wurde jedoch auch die Unterstützung für die alten Industriestandorte in Nordostchina angekündigt.

Die grundsätzlich positive Einstellung der Regierung gegenüber der Globalisierung spiegelt sich auch im Regierungsbericht wider. So wird zwar eine Verschärfung des internationalen Wettbewerbs im Jahre 2003 erwartet, doch auch eine bessere Nutzung des inländischen und ausländischen Marktes durch China. Im Regierungsbericht rief Zhu Rongji dazu auf, einerseits die Auflagen des WTO-Beitrittsprotokolls zu erfüllen und andererseits die eigenen Rechte zu wahren. („Full Text of Premier Zhu's Government Work Report“, in: www.china.org.cn, Zugriff am 1.4.03)

Rückblickend wird die Amtszeit Zhu Rongjis mit sehr unterschiedlichen Attributen bedacht werden müssen. Unter seiner Führung gelang es zwar, die Folgen der Asienkrise für das Wirtschaftswachstum zu begrenzen. Die Kehrseite der aktiven Fiskalpolitik war jedoch eine enorme staatliche Verschuldung und eine Zunahme der uneinbringlichen Kredite der Staatsbanken. Auch sein Versprechen, die Staatsunternehmen innerhalb von drei Jahren weitgehend zu sanieren, konnte aufgrund der Komplexität der politischen und wirtschaftlichen Folgen nicht eingelöst werden. Offizielle Statistiken sprechen zwar von einer Zunahme der Gewinne der Staatsunternehmen, ausländische Analysten bleiben jedoch noch skeptisch, ob der tatsächlichen Erfolge. (IHT, 18.3.03) -schü-

28 Implementation des Haushalts 2002

Auf der X. Tagung des NVK legte Finanzminister Xiang Huaicheng seinen Bericht über die Erfüllung des Haushalts 2002 vor. Der Gesamthaushalt (zentraler Haushalt und Haushalte der Lokalregierungen) wies Gesamteinnahmen in Höhe von 1.891,4 Mrd. Yuan auf (+15,4% im Vergleich zum Jahre 2001). Den Einnahmen standen Ausgaben von 2.201,2 Mrd. Yuan gegenüber (+16,4%), sodass ein

Defizit von 309,8 Mrd. Yuan ausgewiesen werden musste.

Der Haushalt der Zentralregierung belief sich auf Einnahmen von 1.102 Mrd. Yuan (+12,8%), davon waren 1.039 Mrd. Yuan (+13,2%) von der Zentralregierung eingenommen worden. Weitere 63 Mrd. Yuan lieferten die Lokalregierungen an die Zentralregierung ab. Die Ausgaben betrugen 1.411,8 Mrd. Yuan, davon waren 675,6 Mrd. Yuan Ausgaben der Zentralregierung. Weitere 736,2 Mrd. Yuan gingen als Steuerrückerstattungen und Subventionen an die Lokalregierungen. Das Defizit der Zentralregierung betrug 309,8 Mrd. Yuan.

Entwicklung des Haushaltsdefizits, 1997-2003

Jahr	Defizit in Mrd. Yuan
1997	58,2
1998	92,2
1999	174,4
2000	249,1
2001	251,7
2002	309,8
2003*	319,8*

* Haushaltsplanung

Quelle: siehe Übersicht „Implementation des Haushalts 2002“ und *China Statistical Yearbook 2002*.

In den Lokalhaushalten machten die Einnahmen 1.588,6 Mrd. Yuan (+15,1%) aus. Darin waren 852,4 Mrd. Yuan (+18,3%) Einnahmen, die von den Lokalregierungen erhoben wurden, sowie 736,2 Mrd. Yuan Steuerrückerstattungen und Subventionen der Zentralregierung für die Lokalregierungen. Die Ausgaben beliefen sich auf 1.588,6 Mrd. Yuan, diese schlossen Ausgaben der Lokalregierungen in Höhe von 1.525,6 Mrd. Yuan ein.

Die Zentralregierung wies im Jahr 2002 ein Schuldenvolumen in Höhe von 567,9 Mrd. Yuan auf, darin waren 309,8 Mrd. Yuan zur Deckung des Haushaltsdefizits für 2002 und 256,3 Mrd. zur Bedienung der inländischen und ausländischen Schulden enthalten; 1,8 Mrd. Yuan waren für die Deckung des Schuldenrückzahlungsfonds im Zentralhaushalt.

Xiang geht in seinem Bericht auf einige spezielle Faktoren ein, die die

Entwicklung der Einnahmen im Haushalt 2002 negativ beeinflussten. Dazu zählt die Senkung des durchschnittlichen Zollsatzes von 15,3% auf 12% im Rahmen der WTO-Beitrittsverpflichtungen. Weiterhin gingen die Steuergebühren für Aktientransaktionen von 4% für A-Aktien und 3% für B-Aktien auf 2% zurück. Die Geschäftssteuer für Banken und Versicherungen sank von 7% auf 6%. Die Ausgaben stiegen vor allem, weil bestimmte Schlüsselprojekte der Infrastruktur mit zusätzlichen Mitteln unterstützt werden mussten. Weiterhin wurden mehr Mittel für bedürftige Bevölkerungsgruppen zur Verfügung gestellt, insbesondere für entlassene Arbeitskräfte aus den Staatsunternehmen und für Rentner. Für die Schließung und Konkursabwicklung von 87 Staatsunternehmen und davon betroffenen rd. 380.000 Beschäftigten wurden Mittel bereitgestellt. Die Gesamtausgaben für soziale Sicherung beliefen sich im Haushalt der Zentralregierung auf 136,2 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 38,6% gegenüber 2001. Gleichzeitig wurden Experimente mit der Erhebung von Sozialversicherungsabgaben durch Steuerbehörden auf 16 Provinzen ausgedehnt. Die Zahl der städtischen Einwohner, die Sozialhilfe erhielten, stieg von 1,84 Mio. im Jahre 1998 auf 20,6 Mio. Ende 2002.

Darüber hinaus wurden mehr Mittel für die Landwirtschaft bereitgestellt. Die Reform der Umwandlung von Gebühren in Steuern auf dem Land wurde auf 20 Provinzen ausgedehnt. In diesen Provinzen ging die Belastung der Bauern um durchschnittlich 30% zurück. Zur Unterstützung erhielten die betroffenen Regionen rd. 24,5 Mrd. Yuan aus dem Zentralhaushalt. Die Mittel waren vor allem für Kosten der Verwaltung und die Pflichtschul Ausbildung bestimmt. Mehr Zuweisungen erfolgten auch für die Bekämpfung der Armut in ländlichen Regionen. Für die Förderung von Wissenschaft, Technologie und Bildung wurden mehr Mittel reserviert; allein 7,2 Mrd. Yuan gingen in staatliche Schlüsselprojekte für Grundlagenforschung, in das Wissen/Innovationsprojekt und Hightech-Projekte. Auch die Lokalregierungen erhöhten ihre Bildungsausgaben, und zwar auf 264 Mrd. Yuan bzw. um 19,6%.

Die Lokalregierungen mit geringen Einnahmen, insbesondere in Zentral- und Westchina erhielten den Anstieg der Einnahmen im Zentralhaushalt in Höhe von 12,4 Mrd. Yuan als horizontale Transferleistungen in voller Höhe zugewiesen. Zusammen mit der Zuweisung von Mitteln aus Steuern, die den Lokalregierungen zufließen, haben diese höhere Einnahmen erhalten können. Ein Indikator für die Verbesserung der Einnahmensituation ist die Zahlung von Löhnen und Renten, die in 25 Provinzen problemlos erfolgen konnte; nur in 11 Provinzen traten hierbei erneut Probleme auf.

Finanzminister Xiang ging in seinem Bericht auch auf die Erfolge in den vergangenen fünf Jahren seit dem letzten NVK ein. So seien die Staatseinnahmen in Relation zum BIP von 11,6% im Jahre 1997 auf 18,5% im Jahre 2002 gestiegen. Der Anteil der Zentralregierung an den Ausgaben lag bei 30,7% bzw. 675,6 Mrd. Yuan. Werden die Zinszahlungen für Staatsanleihen von den Ausgaben abgezogen, dann lag der Ausgabenanteil der Zentralregierung bei 28,5%. Dies sind 1,8% weniger als der Anteil von 30,3% im Jahre 1994, als die Reform des Steuersystems begonnen wurde. Xiang sieht diese Entwicklung als Beweis dafür, dass der Anstieg der Einnahmen im Zentralhaushalt überwiegend an die Lokalregierungen weitergegeben worden ist. Neben den 301,4 Mrd. Yuan in Form von Steuerrückstellungen und 32,3 Mrd. Yuan für Subventionen, betragen die Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt an die Lokalregierungen 402,5 Mrd. Yuan. Der überwiegende Teil wurde für die Zentral- und Westregion eingesetzt: Eine genaue Aufteilung dieses Transfervolumens nimmt Xiang jedoch nicht vor.

Xiang wies in seinem Bericht auch auf die starke Erhöhung der Ausgaben für soziale Sicherung in den letzten fünf Jahren hin. Gegenüber 1997 belief sich die Ausgabensteigerung für soziale Sicherung, Wissenschaft, Technologie und Bildung sowie für Landwirtschaft auf das 9,5fache, 2,3fache und das 1,9fache. Das Pro-Kopf-Monats-einkommen der Angestellten im öffentlichen Dienst verdoppelte sich gegenüber 1998. Im nationalen Sozialversicherungs fonds wurden nach An-

gaben von Xiang 124,2 Mrd. Yuan kumuliert.

Weiterhin ging Xiang in seinem Bericht auf die aktive Fiskalpolitik ein. Im Rahmen dieser Politik wurden in den letzten fünf Jahren 660 Mrd. Yuan als Staatsanleihen in Form von Bau-Schatzanweisungen aufgelegt. Diese haben die Investitionstätigkeit enorm verstärkt und das Wachstum mitgetragen.

Zu den Problemen zählt Xiang 1) den relativ geringen Anstieg der Einnahmen bei gleichzeitig hohem Anstieg der Ausgaben; 2) nur geringe Fortschritte bei der Verbesserung der Finanz- und Wirtschaftsordnung, die durch Fälschung von Konten, Steuerumgehung, Steuerbetrug und Verschwendung von Steuermitteln beeinträchtigt wird; 3) die ungleichmäßigen Fortschritte bei der Finanzreform, 4) Probleme von Lokalregierungen in bestimmten Regionen, Löhne und Renten in ausreichendem Maße bereitzustellen. („Full Text of Finance Minister's Budget Report“, in: www.china.org.cn, Zugriff am 1.4.03) -schü-

29 Haushaltsplanung 2003 – Ausweitung der sozialen Transferzahlungen und des Militärhaushalts

Den Bericht zur Haushaltsplanung für das Jahr 2003 leitete Xiang mit dem Hinweis auf die Unsicherheiten in der weltwirtschaftlichen Entwicklung ein. Ohne direkt die Folgen des Irak-Krieges anzusprechen, wies Xiang darauf hin, dass es schwierig sei, die Auswirkungen der Spannungen in bestimmten Regionen auf die Entwicklung des Erdölpreises und die globale Wirtschaftsentwicklung vorherzusagen. Weiterhin seien die reale Inlandsnachfrage schwach, die Angebotsstruktur nicht rational und die internen Antriebsmechanismen für das Wirtschaftswachstum ungesund. Auch werde es sehr schwer sein, das hohe Exportwachstum in diesem Jahr aufrechtzuerhalten. Weitere Probleme seien das langsame Wachstum der bäuerlichen Einkommen, der Beschäftigungsdruck und die Reform der Staatsunternehmen.

Für das Haushaltsjahr 2003 geht Xiang davon aus, dass die Einnahmen

im Gesamthaushalt (Zentralhaushalt und Haushalte der Lokalregierungen) auf 2.050,1 Mrd. Yuan bzw. um 8,4% gegenüber dem Vorjahr steigen werden. Die Zunahme der Ausgaben ist auf 7,7% bzw. 2.369,9 Mrd. Yuan beschränkt, sodass gegenüber dem Jahr 2002 nur ein leicht gestiegenes Defizit von 319,8 Mrd. Yuan bleibt.

Die Planung für den Haushalt der Zentralregierung basiert auf Einnahmen von 1.194 Mrd. Yuan (+5,1%). Es wird von einer Steueraufteilung bei den Einkommensteuern in einem Verhältnis von 60:40 ausgegangen. Von den 1.194 Mrd. Yuan sollen 1.133 Mrd. Yuan (+5,6%) von der Zentralregierung eingenommen werden. Rd. 60,7 Mrd. Yuan sollen die Lokalregierungen an die Zentralregierung abliefern. Bei den Ausgaben wird von einer Zunahme von 4,7%, insgesamt 1.513,8 Mrd. Yuan ausgegangen, davon sind 720,1 Mrd. Yuan (+6,6%) Ausgaben der Zentralregierung. Weitere 793,7 Mrd. Yuan sind Steuerrückerstattungen und Subventionen an die Lokalregierungen. Das Defizit der Zentralregierung betrug 319,8 Mrd. Yuan, 10 Mrd. Yuan mehr als 2002.

Die Einnahmen in den Haushalten der Lokalregierungen belaufen sich der Planung nach auf 1.710,5 Mrd. Yuan (7,7%). Davon sind 916,8 Mrd. Yuan (+12,1%) Einnahmen, die die lokale Ebene selbst erhebt. 793,7 Mrd. Yuan werden von der Zentralregierung an die Lokalregierungen weitergeleitet. Die Ausgaben der Lokalregierungen sind auf 1.710,5 Mrd. Yuan (+7,7%) beschränkt, sodass auf lokaler Ebene kein Defizit entsteht.

Xiang weist in seinem Bericht zur Haushaltsplanung darauf hin, dass mit Ausnahme der Erhöhung von Löhnen und Gehältern kein Ausgabenwachstum im Zentralhaushalt vorgesehen ist. Das Null-Wachstum bei den Ausgaben sei eine grundsätzliche Entscheidung, da mit einer Reihe von Einflussfaktoren auf die Einnahmementwicklung gerechnet werden müsse. Dazu zähle auch die weitere Senkung der Zollsätze im Rahmen der WTO-Vereinbarungen. Weiterhin werde die Geschäftssteuer für Banken und Versicherungen um rd. einen Prozentpunkt gesenkt werden. Darüber hinaus würden Steuervergünstigungen für die Entwicklung der Region West-

china sowie für die Wiederbeschäftigung eingeräumt, die die Einnahmen beeinträchtigen werden.

Xiang kündigte auch die Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik an. Weitere 140 Mrd. Yuan an Staatsanleihen (Bau-Schatzanweisungen) würde die Zentralregierung in diesem Jahr begeben. Die Mittel würden zur Finanzierung der begonnenen Projekte eingesetzt werden. Auch die Transferzahlungen an die Lokalregierungen werden Xiang zufolge erhöht, um die Unterschiede in der lokalen Finanzstärke zu reduzieren. Von der Zentralregierung werden 420,7 Mrd. Yuan an Transferzahlungen an die Lokalregierungen weitergeleitet, neben 340,4 Mrd. Yuan als Steuerrückerstattungen und 32,6 Mrd. Yuan als Subventionen. Zur Unterstützung der Reform „Umwandlung von Gebühren in Steuern“ in den ländlichen Gebieten, die in diesem Jahr in allen Regionen durchgesetzt werden soll, wird die Zentralregierung rd. 30,5 Mrd. Yuan bereitstellen.

Ein weiterer Ausgabenschwerpunkt ist die Unterstützung bestimmter Personen- und Einkommensgruppen. So kündigte Xiang an, dass zusätzlich 8,4 Mrd. Yuan für die Erhöhung der Renten von ehemaligen Beschäftigten in Staatsunternehmen, von Veteranen-Kader und ehemaligen Armeemitgliedern auf dem Land bereitgestellt werden. Weitere 4,6 Mrd. Yuan sind für die Verdoppelung der Sozialhilfe für städtische Einwohner bestimmt, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Zusätzlich 4,7 Mrd. Yuan sind für die Unterstützung des Wiederbeschäftigungsprogramms und 11,7 Mrd. Yuan für Konkursabwicklung bankrotter Staatsunternehmen vorgesehen.

Weiterhin ist eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für Beschäftigte in Staatseinrichtungen vorgesehen. Seit 1999 wurden diese bereits drei Mal angehoben. Die Erhöhung im Jahr 2002 wurde nach einer Entscheidung des Staatsrates bis zum 1. Juli 2003 aufgeschoben, und zwar zu Gunsten der Unterstützung bedürftiger städtischer Einwohner.

Eine deutliche Steigerung der Ausgaben im Haushalt ist für das Militär vorgesehen. Die Ausgabenplanung sieht ein Volumen von 185,3 Mrd. Yuan bzw. eine Zunahme von 9,6%

vor. Für die Rückzahlung von Schulden und Zinszahlungen des Staates sind 96,6 Mrd. Yuan reserviert, ein Anstieg um 28,4 Mrd. Yuan gegenüber dem Vorjahr. („Full Text of Finance Minister's Budget Report“, in: www.china.org.cn, Zugriff am 1.4.03)

Die Haushaltsplanung für das laufende Jahr weist auf die enormen Probleme hin, denen sich die neue politische Führung gegenüber sieht. Hierzu zählt insbesondere der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems. Das Volumen der nicht abgedeckten Rentenansprüche wird ausländischen Analysten zufolge auf rd. 50% des BIP geschätzt. Der nationale Sozialversicherungsfonds weist allerdings erst ein Volumen von 124,19 Mrd. Yuan (rd. 15 Mrd. US\$) auf. Nach Angaben des bisherigen Präsidenten des Fonds, Liu Zhongli, wurden im letzten Jahr Fortschritte bei der Verbesserung des Managements und der Diversifizierung des Fonds gemacht. Die Gewinne im letzten Jahr beliefen sich auf 2,1 Mrd. Yuan. (XNA, 24.2.03) Weitere Zuflüsse in den Fonds sollen durch Erlöse aus dem Verkauf von Staatsunternehmen gesichert werden. Finanzminister Xiang soll vorläufigen Angaben zufolge der neue Präsident des Sozialversicherungsfonds werden. Dies wäre aus Sicht ausländischer Kommentatoren ein Hinweis auf die Betonung der neuen politischen Prioritäten der Zentralregierung. (FT, 7.3.03)

Die fast 10%ige Steigerung der Militärausgaben im Staatshaushalt wird als sehr knapp angesehen, um aus Sicht des Militärs die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Hierzu zählt die Modernisierung der Ausrüstungen sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen für die rd. 2,5 Millionen Militärangehörigen. (AWSJ, 8.3.03) Der Finanzminister verteidigte den Anstieg der Militärausgaben mit den Veränderungen in der internationalen Lage und wies darauf hin, dass im Jahr 2002 die Ausgabensteigerung mit 17% weitaus höher gelegen habe. (NfA, 7.3.03) -schü-

30 Nationaler Volkskongress erlaubt private Investitionen in weiteren 30 Branchen

Bei seiner Tagung Anfang März hat der Nationale Volkskongress (NVK)

weitere 30 Wirtschaftsbereiche für private Investitionen geöffnet. Es handelt sich um Dienstleistungen, den Infrastruktursektor und Fertigungsindustrien, in denen bereits längere Zeit ausländische Investitionen zugelassen sind. In chinesischen Medien war die Ungleichbehandlung von ausländischen und inländischen Investoren wiederholt kritisiert worden. Die Entscheidung für den Liberalisierungsschritt war beim XVI. Parteitag im November 2002 gefallen und wurde vom NVK nun nachvollzogen.

Nach offiziellen Angaben gab es Ende 2001 insgesamt 24,33 Mio. registrierte Einzelgewerbetreibende und 2.028.500 Privatunternehmen mit einem registrierten Kapital von 2.164,8 Mrd. Yuan.

Su Zengfu, Unternehmensgründer eines Küchengeräteherstellers und NVK-Abgeordneter, sagte einem Reporter der *New York Times*, dass die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer Privatunternehmen wirtschaftlich so stark seien. China bewege sich nun in dieselbe Richtung. Von der Entwicklung des privaten Sektors hängt in erheblichem Maße ab, ob es der Volksrepublik gelingt, in ausreichendem Maße Arbeitsplätze zu schaffen, um die brisante Lage am Arbeitsmarkt zu entschärfen. (BBC EF, 11.3.03; BBC PF, 14.3.03; NYT, 13.3.03; XNA, 10.3.03) -bö-

31 Arbeitsminister spricht von Jobverlusten in bisher ungekanntem Ausmaß

Am 12. März betrat ein 35-jähriger arbeitsloser Chinese das Sunflower-Bürogebäude im Stadtzentrum Beijings, in dem sich unter anderem Büros von BASF, der Dresdner Bank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau befinden. Der Mann nahm sechs Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Reuters als Geisel und drohte, eine Bombe zu zünden, die sich im Nachhinein als Attrappe herausstellte; nach einigen Stunden ließ er die Geiseln frei und wurde von der Polizei überwältigt. Es handelte sich um einen entlassenen Stahlarbeiter aus der Provinz Heilongjiang im Nordosten des Landes, der auf Korruption und soziale Missstände aufmerksam machen wollte. Zuvor hatten am 10. März in der

Provinz Heilongjiang mehrere hundert entlassene Arbeiter einer Textilfabrik der Stadt Jiamusi für die Zahlung von Ausgleichsleistungen durch staatliche Stellen demonstriert. Arbeiter anderer Fabriken sollen sich am 11. März an weiteren Protesten beteiligt haben. In der ebenfalls in Nordostchina gelegenen Stadt Liaoyang protestierten mehrere hundert Arbeiter eines Ferrolegierungswerks gegen Korruption in ihrem Betrieb.

Mit Armut, stagnierenden ländlichen Einkommen, steigender Arbeitslosigkeit und sozialen Spannungen befassten sich auch die Delegierten des Nationalen Volkskongresses, der zur Zeit der Geiselnahme in der Hauptstadt tagte. Obwohl die chinesische Wirtschaft im vergangenen Jahr um 8% gewachsen ist, hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärft. Nach offiziellen Angaben lag die städtische Arbeitslosenrate im Jahr 2002 bei 4%, unabhängige Schätzungen gehen jedoch von einer weit höheren Rate aus. Zwar wurden im vergangenen Jahr außerhalb der Landwirtschaft 8,4 Mio. neuer Arbeitsplätze geschaffen, doch gleichzeitig kamen 10 Mio. Menschen erstmals auf den Arbeitsmarkt. Angesichts von 15 Mio. städtischen Arbeitslosen und 120 Mio. Arbeitskräften vom Lande, die ebenfalls in den Städten nach Arbeit suchen, ist die Lage durchaus dramatisch zu nennen.

In diesem Jahr sei die Schaffung von 8 Mio. neuer Arbeitsplätze realisierbar, sagte Zeng Peiyan, der Leiter der Planungskommission des Staatsrats. Um die Lage am Arbeitsmarkt deutlich zu entschärfen, müssten nach Schätzungen pro Jahr 20 Mio. neue Jobs außerhalb der Landwirtschaft geschaffen werden. Dafür könnte China seine Wettbewerbsvorteile bei der arbeitsintensiven Fertigung nutzen. Denn das große Reservoir an günstigen Arbeitskräften ist zwar einerseits ein soziales Problem, andererseits aber der Schlüssel für Chinas wirtschaftliche Erfolge. Angesichts dieser Tatsache gibt es zunehmende Kritik von in- und ausländischen Ökonomen an der wirtschaftspolitischen Strategie der Regierung. Diese besteht in der Konjunkturförderung durch Infrastrukturprogramme, die jedoch nur vorübergehend Arbeit schaffen. Auch hat sich die Regierung der Förderung von Hochtech-

nologie verschrieben, wie Zeng auf dem Volkskongress bekräftigte. Demgegenüber warnte der China-Chefökonom der Asiatischen Entwicklungsbank, Min Tang, dass künftiges Wirtschaftswachstum nicht mehr Jobs erzeugen werde, falls die Wirtschaftsstruktur immer kapitalintensiver werde. Der Ökonom Fan Gang stellte bereits im vergangenen Jahr in einem Artikel die provokante Frage, ob die Bauern, die in den Städten nach Arbeit suchten, etwa Ingenieure werden sollten.

Immerhin scheint es bei den politisch Verantwortlichen durchaus ein Problembewusstsein zu geben. Angesprochen auf die Protestaktion des Geiselnahmers in der Reuter-Agentur sagte der Minister für Arbeit und Soziales, Zhang Zuoji, es gebe zurzeit Arbeitsplatzverluste in nie dagewesenem Ausmaß. Daher sei es nicht verwunderlich, dass Einzelne extreme Maßnahmen ergriffen, um die Aufmerksamkeit hochrangiger Funktionäre auf diese Probleme zu lenken. Ein Problem sei auch die Rentenversorgung. Zhang setzte sich das Ziel, dass derzeit 100 Mio. Rentenempfänger versorgende Rentensystem auf 150 Mio. Menschen auszuweiten.

Bislang profitiert nur ein kleiner Teil der Bevölkerung von der staatlichen Sozialversicherung. Nach Angaben von Zhang ist die monatliche Grundzahlung des Staates zur Sicherung eines Minimumeinkommens der einkommensschwachen Bevölkerung noch extrem niedrig. Weiterhin ist für die meisten Haushalte die Absicherung durch die Anstellung eines Familienmitglieds bei einem Staatsunternehmen ein wichtiger Ersatz für die fehlende soziale Absicherung. Gleichzeitig behindert die Alimentierung nicht profitabler Staatsunternehmen über das staatliche Bankensystem die Schaffung neuer Jobs im privaten Sektor. Noch immer ist es für private Unternehmer schwierig, an Kapital zu gelangen. Daher ist die Sanierung des Bankensystems ein wichtiger Schritt, der jedoch kurzfristig die restriktive Kreditvergabe verstärkt und so die aktuellen Probleme noch verschärfen könnte.

Mit den Problemen am Arbeitsmarkt befasste sich am 28. März d.J. das Politbüro der KPCh. In einer Stu-

diensitzung wurden die Parteiführer von Arbeitsmarkt-Experten informiert. Staats- und Parteiführer Hu Jintao betonte in einer Rede die Wichtigkeit der Beschäftigung als Grundlage des Wohlstands und Voraussetzung für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit des Volkes. (AWSJ, 11.3., 12.3., 23.3.03; BBC PF, 10.3., 13.3., 31.3.03; HB, 13.3.03; NfA, 18.3.03; NZZ, 18.3.03; RMRB, 8.3.03; XNA, 6.3., 7.3.03) -bö-

32 Neues Landvergabe-Recht bietet Einkommenschancen für Bauern

Ähnlich wie ein Arbeitsplatz in einem Staatsunternehmen für Städter, so stellt die staatliche Verpachtung von Nutzflächen für Landbewohner eine Art Ersatz für die fehlende Sozialversicherung dar. Gegen feste Abgaben erhalten die Haushalte zur Nutzung Land, das früher im Eigentum der ehemaligen Agrarkollektive war. Neben der Fragmentierung der Flächen, was die Nutzung von Skalenvorteilen ausschloss, war vor allem die Unsicherheit der Nutzungsrechte ein Problem. Lokale Parteikader konnten Nutzungsrechte auch kurzfristig entziehen. Zum 1. März d.J. trat ein neues Gesetz über die Landvergabe in ländlichen Regionen in Kraft, das nach Einschätzung ausländischer Agrarexperten die Eigentumsrechte besser sichert und dadurch Anreize für Investitionen schafft. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, da führende Politiker auf negative gesamtwirtschaftliche Folgen durch die Stagnation der ländlichen Einkommen hinweisen.

In seinem letzten Regierungsbericht warnte der scheidende Premierminister Zhu Rongji die Delegierten des Nationalen Volkskongresses (NVK), dass die Probleme der Landwirtschaft die Entwicklung der gesamten Wirtschaft gefährden könnten. Zhu bezeichnete die Erhöhung der ländlichen Einkommen als höchste Priorität der Wirtschaftspolitik. Als konkrete Lösungsansätze nannte er neben Investitionen etwa in Bewässerungssysteme auch die Umstellung von Abgaben auf Steuern. Er verwies auf ein erfolgreiches Pilotprojekt in der Provinz Anhui. Landwirtschaftsminister Du Qinglin

berichtete, bei einem weiteren Testlauf in 20 Provinzen sei durch die Umstellung von lokal erhobenen Abgaben auf besser zu überprüfende Steuern die Belastung von Bauern um mehr als 30% gesunken. In der Vergangenheit hatten Bauern häufig über die willkürliche Erhebung von Abgaben zu Gunsten der örtlichen Funktionäre geklagt.

Ausländische Forscher wie der Rechts- und Agrarexperte Roy Prostermann verbinden größere Hoffnungen mit einem neuen Gesetz über die Landvergabe in ländlichen Regionen, das bereits im vergangenen August verabschiedet worden war. Es sieht vertraglich fixierte Nutzungsrechte über eine Dauer von 30 Jahren vor. Diese Laufzeit sei ausreichend, um langfristige Investitionen durch Bauern zu ermöglichen, etwa in Be- und Entwässerungsanlagen, die Pflanzung von Bäumen oder den Bau von Gewächshäusern. Zudem erlaube das Gesetz erstmals den Handel mit Landnutzungsrechten. Die sicheren und handelbaren Rechte sollten den Zündfunken liefern, um den ländlichen Konsum und damit auch die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik anzustoßen, sagt Prostermann und verweist auf die Erfahrung mit ähnlichen Reformen in Taiwan. Vergleichende Studien über den Handel mit Land in anderen asiatischen Ländern schätzen den Wert von Chinas 130 Mio. Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche auf 500 bis 600 Mrd. US\$. Nun gehe es darum, dieses bislang zu wenig genutzte Kapital zu erschließen, um den Lebensstandard von Chinas Landbevölkerung zu erhöhen und die 800 Mio. Menschen dort zu Konsumenten für Chinas städtische Industrie zu machen.

Zur Vorsicht mahnte dagegen Chen Xiwen vom Zentrum für Entwicklungsforschung beim Staatsrat. Bemühungen um eine höhere Produktivität in der Landwirtschaft, etwa durch den Handel mit Nutzungsrechten, müssten abgewogen werden gegen die Funktion dieser Rechte als einzige Einkommenssicherung für viele Landbewohner. In weniger entwickelten Gebieten solle die Sicherung eines Grundeinkommens für Bauern Vorrang haben. (AWSJ, 5.3., 7.3., 10.3.03; BBC EF, 3.3., 10.3., 13.3.03; BBC PF, 10.3., 11.3.03; FT, 6.3., 11.3.03) -bö-

SVR Hongkong

33 Treffen Tung Chee-hwas mit der neuen staatlichen Führungsspitze Chinas

Regierungschef Tung Chee-hwa hatte während eines Besuchs in Beijing, wohin er zur Teilnahme an der Abschlussitzung der ersten Jahrestagung des X. NVK gereist war, am 19. März Gelegenheit, mit dem neu gewählten chinesischen Staatspräsidenten, Hu Jintao, und dem neu gewählten Ministerpräsidenten, Wen Jiabao, zusammenzutreffen.

Hu Jintao versicherte Tung Chee-hwa der vollen Unterstützung durch die neue Zentralregierung, die die politischen Grundsätze der vorangehenden Regierungen gegenüber Hongkong fortsetzen wolle. Er sei zuversichtlich, dass Regierung und Bevölkerung der SVR die gegenwärtigen Probleme meistern und ein „neues Blatt in der Entwicklung Hongkongs aufschlagen“ könnten, solange sie Vertrauen und Einheit sowie eine entschlossene und nach vorne gewandte Einstellung bewahrten. Einer Hongkonger Quelle zu Folge soll Hu Jintao auch den Skandal um die Luxuslimousine des Hongkonger Finanzministers Antony Leung (vgl. die folgende Übersicht) kritisch angesprochen haben, von dem er hoffe, dass die Regierung der SVR angemessen damit umgehe.

Am selben Tag traf Tung Chee-hwa auch mit Ministerpräsident Wen Jiabao zusammen. In einem internationalen Presseinterview hatte sich dieser bereits am Vortag ausführlich dem Thema Hongkong gewidmet. In dem Interview hatte Wen Verständnis für die schwierigen wirtschaftlichen Probleme der SVR gezeigt, die zu einem Teil durch die schlechte Weltwirtschaftslage, zu einem anderen Teil aber auch durch strukturelle Defizite in Hongkong selbst bedingt seien. Dennoch könne die SVR weiterhin auf ihre unbestreitbaren materiellen und kulturellen Stärken bauen. Um die Schwierigkeiten zu überwinden, brauche Hongkong vor allem Einheit und Zuversicht. Auch er

sagte zu, dass die neue Zentralregierung wie die Vorgängerregierungen alles tun werde, um Hongkong zu unterstützen und Stabilität und Entwicklung zu wahren. Besondere Bedeutung komme dabei der Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen dem Festland und der SVR zu, die so bald wie möglich auf den Weg zu bringen seien.

Der gleiche Tenor unterlag dem Treffen zwischen Tung Chee-hwa und Wen Jiabao am 19. März. Konkret stellte der Ministerpräsident in Aussicht, die Hongkonger Wirtschaft durch die Förderung des Tourismus und des Transportwesens in der Region sowie durch Erleichterungen im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen dem Festland und der SVR zu unterstützen. Wie die Wirtschaftsentwicklung der SVR im zweiten Halbjahr 2002 demonstrierte, zeigten solche politischen Instrumente durchaus signifikante Wirkung. Grundsätzlich müssten sich die Hongkonger bewusst sein, dass es um ihre wirtschaftliche Situation nicht schlechter bestellt sei als um die einiger anderer Länder Asiens. Um so wichtiger sei es, so mahnte Wen Jiabao wiederum, „Einheit und Zuversicht“ zu bewahren, um die bestehenden Probleme zu überwinden.

Wie diese Rhetorik deutlich macht, wird Hongkong immer mehr zum „Sorgenkind“ der chinesischen Führung. Vor dem Hintergrund der in der SVR wütenden Lungenkrankheit SARS und ihrer wirtschaftlichen Folgen (s. dazu die Übersicht unten), die wesentlich durch die fahrlässige Informationspolitik der festländischen Behörden verschuldet sind, ist eine Besserung der Lage trotz aller zweckoptimistischer Prognosen vorerst nicht abzusehen. (CCTV 1, 18.3.03, nach BBC PF, 19.3.03; Radio Television Hong Kong Radio 3, 19.3.03, nach BBC PF, 20.3.03; XNA, 20.3.03; *Ta Kung Pao*, 20.3.03, nach BBC PF, 23.3.03) -hol-

34 Skandal um Finanzminister Antony Leung

Antony Leung, der Finanzminister der SVR Hongkong, ist in der ersten Märzhälfte wegen des Kaufs einer Luxuslimousine unter heftigen öffentlichen Beschuss geraten. Wie bekannt geworden war, hatte er für sei-